



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XV/107 - 10. Mai 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeiler:

1

Der Ausweg

44

Kontrollen durch Abkommen "legalisieren"!

2 - 3

Spielregeln

75

Von Willy Brandt,

Regierender Bürgermeister von Berlin

4 - 5

Die abgelegenen Standorte

67

Folgen der Preisgabe des Territorialprinzips

bei der Bundeswehr

6 - 7

Wandlungen in der Welt

77

Hilfe für Entwicklungsländer - das Gebot der Zeit

Bericht von einer Tagung der

"Gesellschaft für sozialen Fortschritt e.V."

in Bad Godesberg

* * *

* *

Der Ausweg

Kontrollen durch Abkommen "legalisieren"!

sp - Jetzt hat die amerikanische Regierung offiziell erklärt, daß die Erkundungsflüge am Rande und über der Sowjetunion seit Jahren systematisch unternommen wurden und auf eine Anordnung Präsident Eisenhowers im Zusammenhang mit einem Gesetz von 1947 über die nationale Sicherheit zurückgehen. Wie verlautet, werden diese Erkundungsflüge "am Rande und über der Sowjetunion" seit 1957 durchgeführt, weil man "mit jedem möglichen Mitteln Informationen sammeln muß, die notwendig sind, um die USA und die freie Welt gegen einen Überraschungsangriff zu schützen und sie in die Lage zu versetzen, wirksame Vorbe- reitungen für ihre Verteidigung zu treffen".

Man wird aus Moskau keine ähnliche Erklärung zu hören bekommen, obwohl sicher auch die sowjetischen Geheimdienste "Erkundungsflüge" u.ä. durchführen, und zwar mit der gleichen aber umgekehrten Begründung, mit der es die Amerikaner heute öffentlich zugeben. Die Partie dürfte also ausgeglichen sein.

Nun wird seit über einem Jahr in Genf eifrig über die Frage verhandelt, wie wirksame Kontrollen zum Schutz gegen Überraschungsangriffe organisiert werden können. Diese Genfer Verhandlungen entpuppen sich jetzt als ein Witz der Weltgeschichte, denn die Verhandlungspartner wußten natürlich genau so gut wie ihre Regierungen, daß man sich schon längst gegenseitig kontrolliert. Sie saßen und sitzen noch einander gegenüber, tun so, als wollten sie "den Anderen" hereinlegen und sind doch im Grunde genommen bestens über die Spionage ihres eigenen und die Gegenspionage des anderen Landes im Bilde.

Aus dieser - man möchte fast sagen - grotesken Situation gibt es jetzt nach dem Luftzwischenfall über der Sowjetunion und nach den Erklärungen der amerikanischen Regierung eigentlich nur noch einen Ausweg:

man legalisiere Spionage und Gegenspionage, hebe sie auf die Ebene der Diplomatie und besiegele das Ganze mit einem feierlichen Abkommen über wechselseitige Kontrollmaßnahmen.

Wenn der jüngste Luftzwischenfall nicht auf diese Weise bereinigt werden kann, wird man auch nach der Gipfelkonferenz mit weiteren "Pannen" rechnen müssen. Nur wird die Sache immer gefährlicher. Solange die Erkundungsflugzeuge nur Fotoapparate mit sich führen, kann nicht viel passieren. Wenn aber, dem Gesetz der steigenden Nervosität und Spannung folgend, eines Tages auch kleine Atombomben an den Beobachtungsflugzeugen angebracht werden sollten - vielleicht, um im Entdeckungsfalle Pilot, Maschine, Instrumente und das Entdeckte selbst radikal zu vernichten - dann könnte am Ende einer solchen Expedition der Anfang eines Atomkrieges aller gegen alle stehen. Hoffentlich haben die Großen auf der Gipfelkonferenz in Paris Gelegenheit, über diese Perspektive des letzten Ost-West-Zwischenfalles nachzudenken.

Die Spielregeln

Von Willy Brandt,
Regierender Bürgermeister von Berlin

Es ist eine gängige Auffassung geworden, daß es in der augenblicklichen weltpolitischen Phase gelte, die Spielregeln für ein Zusammenleben von Ost und West neu zu formulieren und zu vereinbaren. Wahrscheinlich bleibt der Welt kein anderer Weg, wenn sie den Selbstmord als letztem Ausweg entgehen will. Wenn das so ist, könnte man meinen, es handele sich um die Festlegung des Status quo. Eine solche Auffassung wäre gefährlich, wenn sie nicht berücksichtige, daß es zwar völkerrechtlich einen Status quo gibt, nicht aber politisch.

Die Fixierung dessen, was ist, gilt nur für einen bestehenden Zustand, dessen politische Komponenten bereits wechseln in dem Augenblick, in dem ein Dokument des Status quo unterzeichnet wird.

Wenn es gelingt, die Spielregeln einer friedlichen Koexistenz festzulegen, dann bedeutet das nicht, daß damit das Ringen zwischen den Mächten, ihren Interessen und Ideologien beendet ist. Es bedeutet lediglich die Verständigung darüber, daß dieser Kampf künftig nicht mehr mit Waffen ausgetragen werden soll. Diese annähernde Sicherheit würde der einzige Unterschied zum augenblicklichen Zustand sein. Der Kalte Krieg mit der Gefahr, zu einem Heißen zu werden, würde dann zu Ende sein. Der "Krieg" mit friedlichen Mitteln kann umso wirkungsvoller, umso heftiger geführt werden. Er hat in Wahrheit längst begonnen. Wir brauchen nur nach Afrika und Asien zu sehen, um zu erkennen, daß die Erfolge der Sowjetunion in den letzten zwei Jahren nicht auf der Anwendung von Waffen beruhen.

Was bedeutet das für Berlin und seine Situation vor der Gipfelkonferenz? Es kann nur bedeuten, daß Berlin in diese Spielregeln mit eingebaut wird. Das erfordert ein Einverständnis darüber, daß durch Berlin und in Berlin nichts geschehen soll, was den Frieden in der Welt gefährdet. Das schließt aus, daß es zu Vereinbarungen kommt, die nicht die Spielregeln einer friedlichen Koexistenz, sondern ein Herausdrängen der Westmächte aus einer Position bedeuten, die zu halten sie das gleiche Recht haben wie die Sowjetunion. Entweder es geht um Entspannung, dann wird die Sowjetunion sich auf Berlin-Abmachungen verständigen, die dieser Politik der Entspannung entsprechen; oder aber sie will ihre bisherige Politik fortsetzen und die drei Westmächte durch Drohungen nötigen, Berlin aufzugeben. Dann kann es ihr nicht

ernst damit sein, eine weltpolitische Entspannung zu erzielen und Abrüstungsabkommen zu erreichen.

Auch die Sowjetunion wird berücksichtigen müssen, daß die Glaubwürdigkeit des Westens schlechthin auf dem Spiel steht, wenn sie die Berlin gegebener Garantien nicht halten. Jede Form der sogenannten "Freien Stadt" - mit einem einseitigen militärischen Druck auf diese Insel und mit einem Abschneiden der Lebenslinien zur Bundesrepublik - wäre der Anfang vom Ende des freien Berlin. Jede zusätzliche Vereinbarung über Berlin, die möglichst bis zur Wiedervereinigung gelten sollte, setzt die Bestätigung der originären Rechte und der Vertragsrechte der drei Mächte voraus. Wir haben in Berlin ein in langen Erfahrungen bestätigtes Vertrauen in jede unserer drei Schutzmächte, daß diese Situation voll verstanden wird.

Berlin hat eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung genommen. Das Jahr 1959 war das erfolgreichste seit dem Ende des Krieges. Wir haben in Berlin annähernd die Vollbeschäftigung erreicht, nachdem es jahrelang so schien, als sei der Block von mehr als 300 000 Arbeitslosen nicht wegzuwälzen. Diese Entwicklung war nur möglich durch die enge Verbundenheit Berlins mit der Bundesrepublik. Wir waren immer der Meinung, daß diese wirtschaftlichen, rechtlichen und finanziellen Verflechtungen Berlins mit der Bundesrepublik so eng gestaltet werden sollen, wie das nur möglich ist, ohne die übergeordnete Souveränität und Verantwortung der drei Westmächte in allen Berlin und Deutschland als Ganzes angehenden Fragen zu berühren. Jede denkbare zusätzliche Vereinbarung über Berlin sollte berücksichtigen, daß es praktisch ebenfalls eine Auslieferung der Stadt mit ihren mehr als zwei Millionen Menschen bedeutete, wenn der freie Zugang von und nach Berlin gefährdet würde. Es lassen sich im Gegenteil Verbesserungen denken, die internationale Zwischenfälle und Komplikationen weitgehend ausschließen.

Wir sind sicher, daß dabei auch das Mitspracherecht der betroffenen Bevölkerung gewahrt bleibt. Die Berliner haben bei der letzten Wahl bewiesen, daß sie die sowjetischen Vorschläge ablehnen. Nur 1,9 Prozent der Wähler haben sich zugunsten der kommunistischen Kandidaten entschieden, die sich für die sowjetische Forderung einer "Freien Stadt" ausgesprochen haben. Der Westen wird sich auch in Zukunft darauf verlassen können, daß zweieinviertel Millionen Menschen in Berlin zu den Idealen der Freiheit und der Demokratie stehen. In Berlin existieren die vier Mächte und die Berliner nebeneinander. In Berlin können die Spielregeln erprobt werden, die auch im größeren Maßstabe funktionieren sollen. + + +

Diesen Beitrag schrieb Willy Brandt für die "Sunday Times"

Die abgelegenen Standorte

R.O. - Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Generalleutnant a.D. Helmut von Grodman, hat in seinem ersten Tätigkeitsbericht auf Grund der an ihn gelangten über 3000 Eingaben und Beschwerden eine Anzahl von Mängeln aufgezeigt, die als Folgen des schnellen Aufbaues der Bundeswehr ausgegeben werden, obwohl manche von ihnen in der Natur oder besser Unnatur des militärischen Lebens beruhen mögen. Für das aufrichtige Bemühen um die Gewissensnöte der Wehrpflichtigen spricht der Hinweis auf die immer wieder und unerbittlich gestellte Frage der jungen Menschen, was sie in einem geteilten Deutschland denn verteidigen sollen.

Die Ursache für die sittliche Gefährdung der Soldaten, den Hang zum Alkohol, die sich häufenden Disziplinarfälle wird in erster Linie in den abgelegenen Standorten gesehen. Damit wird ein Problem ange- rührt, das nur in seinen äusseren Symptomen, nicht aber im Kern sei- ner Ursachen erkannt ist.

Im alten Heer, worunter man das wilhelminische mitsamt den Kontingenten der Bundesfürsten zu verstehen hat, war jedem Truppenteil mit Ausnahme der Garde ein genau abgegrenzter Bezirk um den Standort als Reservoir für die Rekrutierung zugewiesen. Jeder Wehrpflichtige konnte gewiss sein, in der Nähe seines Heimatortes zu dienen. Der Kontakt mit Eltern und Braut blieb dadurch gewahrt. Sicherlich ge- schah das nicht aus Menschenfreundlichkeit und Familiensinn, sondern aus einem sehr simplen Grunde. Die Soldaten der "schimmernden Wehr" bekamen nämlich nur eine warme Mahlzeit am Tag. Für die Zukost zum Kommissbrot bei allen anderen Mahlzeiten mussten sie selbst sorgen. Die 20 Pfennig Löhnung gingen für Putzzeug und Bier drauf. Nur ein ständiger Strom von Futterpaketen konnte darum die Ernährung des stehenden Heeres sicherstellen. Aber die Nähe der Heimat bewirkte noch etwas anderes: die landszannschaftliche Geschlossenheit der Truppenteile und damit ihre Zugehörigkeit zu ein- und demselben Kosttypus.

Die Klagen über das ungewohnte Essen sind eine Folge des bunten Durcheinanders der Wehrpflichtigen in den Standorten. Diese Durcheinanderwürfelung wurde von der Hitlerschen Wehrmacht praktiziert, ohne dass sie zum Prinzip verkündet wurde. Es mochte aus dem Bestreben heraus erfolgen, landsmannschaftlich geballten Ressentiments den Boden zu entziehen, oder es geschah, wie bei der Bundeswehr auch, durch die hastige Auffüllung der Truppenteile mit wechselnden Prioritäten, die von einer Zentrale gesteuert wurden. Man weiss, wie streng das Territorialprinzip in den 24 Armeekorps des kleindeutsch-grosspreussischen Reiches innegehalten wurde, so daß es weithin Aufsehen erregte, wenn etwa die elsässischen Rekruten als "unsichere Kantonisten" in die Garnisonen der Provinz Posen gelegt wurden und die dort ausgehobenen Wehrpflichtigen polnischen Volkstums nach dem "inneren".

Nun - für die Machthaber des dritten Reiches war jeder deutsche Soldat ein potentieller "unsicherer Kantonist", und darum wurde das Territorialprinzip sang- und klänglos beerdigt. Wir müssen diese Praxis als eine böse Tradition des Nationalsozialismus erkennen und - wenn es schon keine Wehrkontingente der Bundesländer gibt - mindestens für die ausgehobenen Wehrpflichtigen die Wiedereinführung und Wahrung des Territorialprinzips als eine Grundsatzforderung erheben. Die billige Einrede, daß durch die Spezialisierung der Waffen es nicht mehr möglich sei, die Rekruten eines bestimmten Bezirks einer nahebei stationierten Einheit zuzuweisen, läßt sich leicht zerstreuen. Denn bei näherem Betracht gibt es immer noch drei Waffengattungen des Heeres, mag die Infanterie auch in manche Spezialfunktionen aufgelgliedert sein, während die Kavallerie durch die motorisierten schnellen Verbände ersetzt ist. Mit etwas gutem Willen werden die Wehrrersatzbehörden diese Aufgabe bewältigen, wenn man sie entsprechend der Verkehrsentwicklung durch eine Ausweitung der Rekrutierungsbezirke erleichtert. Der ausgehobene Wehrpflichtige sollte mindestens nicht ausserhalb seines Bundeslandes dienen müssen.

Der dadurch gewährte Familienkontakt und vor allem die vermiedene Unzufriedenheit mit fremder Kost können viel zur Hebung der Truppenmoral beitragen - denn sie geht, wie jeder weiss, der einmal beim Barras war, durch den Magen.

Wandlungen in der Welt

H.Bw. - Ein Tag ist gewiß zu wenig, um das Problem der Entwicklungsländer und unseres Verhältnisses zu diesen, zum Teil recht jungen Staaten, in all' seinen politischen, wirtschaftlichen, soziologischen und kulturellen Faktoren erschöpfend zu erörtern. Die "Gesellschaft für sozialen Fortschritt e.V." wagte dieses Unternehmen und lud am 9. Mai Vertreter des politischen und gewerkschaftlichen Lebens aus Wirtschaft und Diplomatie in die Bad Godesberger Stadthalle ein, um dieses Problem zumindest anzureißen, Diagnosen zu stellen und Anregungen und Vorschläge zu machen. Allgenseingültige Patentlösungen konnten nicht vermittelt werden; das war weder der Sinn dieser Veranstaltung noch liegt das im Interesse der Sache. Es ging vielmehr darum, sich aus verschiedener Sicht - Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Vertreter der Regierung, Wirtschaftler und Soziologen kamen zu Wort - Rechenschaft abzulegen über das, was bisher getan wurde und das, was noch und vor allem wie es getan werden muß.

Es wäre nur gerecht und entspräche den Tatsachen, festzustellen, daß auf dieser bedeutsamen Veranstaltung eigentlich keines der Referate besonders im Mittelpunkt stand, sie waren vielmehr gleichwertig: Jeder der Referenten - waren es der Bundeswirtschaftsminister, die Vertreter der Sozialpartner oder Wissenschaftler - hatte etwas Gewichtiges zum Problem der Entwicklungsländer und der Art und Weise ihrer Unterstützung durch uns alle zu sagen.

Daß sich aus dem Zusammentreffen der hochentwickelten, "wohlhabenden" Länder mit den noch zu entwickelnden, aufstrebenden Staaten besonders in Asien und Afrika für uns die große Verantwortung gibt, nicht nur etwas, sondern sehr viel zu tun, darüber waren sich alle Referenten einig; über das "Wie", über die Priorität bestimmter Maßnahmen, gab es unterschiedliche Auffassungen, die jedoch wiederum übereinstimmend von der Erkenntnis getragen wurden, daß die menschliche Verpflichtung, frei von jeder Sentimentalität, an erster Stelle steht, und daß das Kriterium jeder Entwicklungshilfe weniger die Quantität als vielmehr die Qualität zu sein hat. Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit, daß die Verpflichtung zur Hilfe nicht nur von den Regierungen und einzelnen interessierten Gruppen erkannt werden darf, sondern daß die Initiative zum Handeln bei allen Schichten der um Unterstützung angesprochenen Völker liegen muß. Staatliche Hilfe und die Maßnahme großer Wirtschaftsgruppen müssen eng mit nichtstaatlicher, privater Hilfe gekoppelt werden, wie sie von den Kirchen, den Gewerkschaften, den Jugend- und Frauenverbänden - um nur einige Möglichkeiten anzudeuten - kommen kann. Echte, nicht an diskreditierende Bedingungen geknüpfte und auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens aufbauende Entwicklungshilfe kann viele Formen haben und die mannigfachsten Wege gehen.

Aber nicht nur das ist entscheidend: Es gilt auch, das Freiheitsstreben der Entwicklungsländer, ihr zum Teil tiefverwurzeltes Mißtrauen, ihr Anrecht auf eigene Entwicklungsformen, ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Individualität zu erkennen und zu achten. Diese Völker wollen weder Bettler sein, noch sich einem neuen, versteckten Kolonialismus beugen. Dem Willen der Entwicklungsländer zum Ungehorrenssein brachte Prof. de Vries auf eine Formel, indem er sagte, daß diese Länder "nicht nur Wahlfreiheit, sondern auch Freisein vor einer Wahl" wünschen. Und ebenso wichtig ist die Erkenntnis, daß den Entwicklungsländern nicht in wenigen Jahren eine Entwicklung aufkotroyiert werden kann, für die wir in Europa nicht nur Jahrzehnte, sondern gar Jahrhunderte gebraucht haben. Der Weg kann nur über die Versöhnung uralter, teilweise im Religiösen tief verwurzelter Traditionen mit unseren modernen rationalen Denken gehen - so Prof. Erhard. Aus dem Wissen um die Individualität, um das berechnigte Streben der Entwicklungsländer nach Unabhängigkeit und Ungebundenheit forderten gerade die DGB-Vertreter, daß jedes Hilfsprogramm, das diesen Ländern zugutekommen soll, nur unterstützenden Charakter haben dürfe und von Vertrauen und Verantwortung getragen sein müsse, mit dem Ziel, diese Völker durch Hilfe schließlich zur Selbsthilfe zu führen.

Die weitreichenden politischen Aspekte sollten wir dabei nicht außer acht lassen, denn noch wissen wir nicht, wo das politische Pendel in diesen jungen Staaten stehen bleiben wird. Leben wir ihnen die Gestaltung einer demokratisch-freiheitlichen Gesellschaftsordnung, mit sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, vor. Auch das gehört dazu, wenn wir den Ruf der Entwicklungsländer an uns richtig verstehen wollen; seinen Ruf um Hilfe, der zum Aufruf zu unserer Selbstprüfung wird.

Wie gesagt: Die Tagung der "Gesellschaft für sozialen Fortschritt" in Bad Godesberg konnte keine Patentlösungen vermitteln, aber sie gab Hinweise und Anregungen, die nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch in Initiative zum Handeln umgesetzt werden sollten.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel